

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. September 1999**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	19, 20	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	9, 10
Dautzenberg, Leo (CDU/CSU)	7, 8	Neumann, Bernd (Bremen) (CDU/CSU)	1
Flach, Ulrike (F.D.P.)	15	Niebel, Dirk (F.D.P.)	2
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	24, 25	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	3, 4
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	21, 22	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	26, 27
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	18, 23	Siemann, Werner (CDU/CSU)	13, 14
Laufs, Dr. Paul (CDU/CSU)	5, 6	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	16, 17
Lensing, Werner (CDU/CSU)	11, 12		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	3
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Bundesministerium für Gesundheit	3
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Bundesministerium der Finanzen	4
Bundesministerium der Verteidigung	5
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Auswärtiges Amt	6
Bundesministerium des Innern	7

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
Bernd Neumann
(Bremen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften und ihrer Arbeitsplätze angesichts der Tatsache, dass sie im Haushalt 2000 keine Verpflichtungsermächtigungen für die Wettbewerbshilfe eingestellt hat, während die EU-Schiffbaubeihilfenverordnung die direkten Produktionshilfen für die Werften erst nach dem Jahr 2000 auslaufen läßt?

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.) Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, in wie vielen Fällen Sprachkurse für jugendliche Aussiedler und Ausländer abgebrochen werden mußten, um an gegenüber der Sozialhilfe vorrangigen Maßnahmen im Rahmen des Programms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit teilzunehmen?

Bundesministerium für Gesundheit

3. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) Wie konkret sind Pläne des Bundesministeriums für Gesundheit, die Werbung für alkoholische Getränke drastisch zu beschränken und werden diese Überlegungen vom Kabinett getragen?
4. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) Verfügt das Bundesministerium für Gesundheit über wissenschaftliche Grundlagen, die den durch ein mögliches Verbot von Alkoholwerbung drohenden Eingriff in die Freiheiten der Unternehmen, der Bürger sowie in die Freiheit der Erwerbsmöglichkeit der Medien rechtfertigen?

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung das Transportverbot für abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken aufheben?
6. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Wann kann die Genehmigung der von der Energiewirtschaft beantragten Atomtransporte durch das Bundesamt für Strahlenschutz erwartet werden?

Bundesministerium der Finanzen

7. Abgeordneter
**Leo
Dautzenberg**
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass § 2b Einkommensteuergesetz (Negative Einkünfte aus der Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften und ähnlichen Modellen) durch das Steuerbereinigungsgesetz 1999 verändert werden soll (vgl. „DIE WELT“ vom 20. August 1999)?
8. Abgeordneter
**Leo
Dautzenberg**
(CDU/CSU) Wenn ja, bezieht sich die Veränderung auf eine Streichung oder eine Modifizierung – in welcher Form – des § 2b Einkommensteuergesetz?
9. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung eine erhöhte Besteuerung des Vermögens im Rahmen einer der derzeit nicht mehr erhobenen Vermögensteuer ähnlichen Vermögensabgabe, und wenn ja, welche Beweggründe veranlassen sie hierzu?
10. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das produzierende Gewerbe im Rahmen der beabsichtigten Lenkungsfunktion der Ökosteuer in nicht sachgerechter Art und Weise bevorzugt wird, und wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass allen Wirtschaftsbranchen die gleiche Vergünstigung gewährt wird?

Bundesministerium der Verteidigung

11. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den faktischen Ausschluß lokaler Stromversorgungsunternehmen an der Beteiligung der Ausschreibung von Stromlosen im Bereich der Bundeswehr durch die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung, nur noch „große“ Lose auszuschreiben, obgleich die direkte Zusammenarbeit zwischen Stromversorgern und Bundeswehrliegenschaften vor Ort erhebliche Synergieeffekte und Kostenvorteile mit sich bringt?
12. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die im jüngsten Jahresbericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages festgestellten und in der Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung zu diesem Bericht zugegebenen Defizite im Bereich der politischen Bildung aufgrund der „objektiv vorhandenen Belastungen der Truppe“ durch Auslandseinsätze – vor dem Hintergrund noch weiter steigender Anforderungen durch den erhöhten personellen Ansatz einer Beteiligung der Bundeswehr an der Kosovo-Friedenstruppe – zu verbessern?
13. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen haben die Kürzungen im Verteidigungshaushalt auf die Beschaffung des Transporthubschraubers NH-90 und auf das Beschaffungsvorhaben eines gepanzerten Transportpanzers mit einer unter Panzerschutz bedienbaren Waffe der Bundeswehr?
14. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Rahmen der Erprobung aufgetretenen Mängel beim Transportpanzer Fuchs KRK, und wann kann mit einer Einführung in die Truppe gerechnet werden?

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

15. Abgeordnete
**Ulrike
Flach**
(F.D.P.)
- Welche Planungen mit welchen Zeitvorgaben verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich des Aus- bzw. Neubaus der B 474, insbesondere in Bezug auf den Bau von Ortsumgehungen in Dülmen und Olfen?

16. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Karlsruher Bahnsprechers in einem Interview mit der Badischen Zeitung vom 1. September 1999, nach der der Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel derzeit kein Thema sei, und will die Bundesregierung von der Absicht abrücken, in diesem Jahr mit dem Planfeststellungsverfahren zu beginnen?
17. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Was hat ggf. den Sinneswandel der Bundesregierung herbeigeführt, nach dem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Lothar Ibrügger, im Januar 1999 schriftlich die Zusage gegeben hat, 1999 für die gesamte Strecke Offenburg-Basel durchgängig die erforderlichen Planrechtsverfahren einzuleiten?

Auswärtiges Amt

18. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitssituation der deutschen Minderheit in der mittelasiatischen Republik Kirgistan angesichts der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und moslemischen Rebellen, und ist die Bundesregierung zu einem vereinfachten Ausreiseverfahren für aussiedlungswillige Angehörige der deutschen Minderheit aus den Unruheregionen der Republik Kirgistan bereit?
19. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Inwiefern will die Bundesregierung nach der geplanten Schließung der Generalkonsulate Apenrade und Oppeln für die deutschen Minderheiten im Königreich Dänemark und der Republik Polen sowie nach der geplanten Haushaltskürzung für die sorbische Minorität in Deutschland von 16 auf 14 Mio. DM eine effiziente wie nachhaltige Minderheiten- und damit Konfliktpräventionspolitik in Zukunft betreiben, und sind weitere Kürzungsschritte zu Lasten der deutschen Minderheiten im In- und Ausland in den kommenden Jahren vorgesehen?

20. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Hat sich in den vergangenen zwei Wochen, insbesondere nach einem Gespräch zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, eine Änderung der Position der Bundesregierung bezüglich der Schließung des deutschen Generalkonsulats in Apenrade, wie sie im diesbezüglichen Antwortschreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, vom 19. August 1999 dargestellt wird, dahingehend ergeben, dass der Bundeskanzler in den Haushaltsetat des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, eingegriffen und die Entscheidung zur Schließung des Generalkonsulats zum 1. Januar 2000 durch ein „Machtwort“ zurückgenommen hat?

Bundesministerium des Innern

21. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Bis wann wird das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten unterzeichnet?
22. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Welche Verbesserungen sind durch dieses Abkommen für die Arbeit der Polizei beider Staaten zu erwarten, insbesondere im Hinblick auf die grenzüberschreitende Kriminalität in den Grenzgebieten sowie bei der Verhütung und Bekämpfung von Straftaten?
23. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Zahl der ungeklärten sudeten-deutschen Vertreibungsoffer, und ist die Bundesregierung vor diesem Hintergrund bereit, die sudeten-deutsche Heimatortskartei der Caritas in Regensburg weiterhin ausreichend zu fördern?

24. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Besteht die Absicht, die Aufgaben des Bundesamtes für Zivilschutz mit dem heutigen Personalbestand an das Bundesverwaltungsamt zu überführen oder drückt Artikel 33 Absatz 1 i.V.m. Artikel 33 Absatz 7 des Entwurfs der Bundesregierung zum Haushalts-sanierungsgesetz (BR-Drucksache 473/99) mit seinen unterschiedlichen Zeitpunkten des Inkrafttretens von Artikel 2 (Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz zum 1. Januar 2001) und Artikel 3 (Zuweisung der Verwaltungsaufgaben des Bundes nach dem Zivilschutzgesetz zum Bundesverwaltungsamt bereits zum 1. Januar 2000) aus, dass die Bundesregierung die Aufgabenübertragung mit wesentlich reduziertem Personalbestand vornehmen will, so dass mindestens ein Jahr eine Behörde mit Personal aber ohne Aufgaben fortbesteht?
25. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Welche organisatorische und personelle Konzeption besteht für die neu zugewiesenen Zivilschutzaufgaben, und wie viele Planstellen sollen im Bundesverwaltungsamt hierfür zusätzlich eingerichtet werden?
26. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen
(CDU/CSU)**
- Welche Behörden sollen die übrigen Aufgaben des Bundesamtes für Zivilschutz übernehmen (Aufgaben nach dem Wassersicherstellungsgesetz, Vorbereitung der Koordinierungsaufgaben bei besonderen Gefährdungslagen, Durchführung von völkerrechtlichen Aufgaben wie dem Kulturgutschutz nach der Haager Konvention), wenn das Bundesamt für Zivilschutz – wie von der Bundesregierung geplant – aufgelöst und die Aufgaben nach dem Zivilschutzgesetz dem Bundesverwaltungsamt zugewiesen werden?
27. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen
(CDU/CSU)**
- Welche Wirtschaftlichkeitserwägungen liegen der geplanten Auflösung des Bundesamtes für den Zivilschutz unter Berücksichtigung des Umstandes zugrunde, dass alle Aufgaben auch weiterhin erfüllt und nur auf unterschiedliche Behörden verteilt werden sollen?

Berlin, den 3. September 1999